

Stellungnahme

Für eine zukunftsfeste gesetzliche Rente

Impulse zur Versachlichung der aktuellen Rentendiskussion

Einleitung

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rente hat sich bis heute bewährt. Sie zu erhalten und auch kommenden Generationen eine auskömmliche und verlässliche Absicherung im Alter zu garantieren, ist und bleibt eine grundlegende Aufgabe unseres demokratischen und sozialen Bundesstaats (Art. 20 Abs. 1 GG).

Als BAGSO treten wir für ein solidarisches Rentensystem ein. Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist heute die zentrale Säule der Alterssicherung und wird es auch in Zukunft sein. Sie muss dem Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter verpflichtet bleiben. Das ist auch deshalb erforderlich, um ihre Legitimation für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Als BAGSO treten wir dafür ein, die Lasten zwischen den Generationen auch künftig fair und solidarisch zu verteilen. Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen darf jedoch nicht von der drängenden Herausforderung ablenken, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, denn die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft ist seit der Jahrtausendwende deutlich gewachsen.¹

1 Zur Zunahme der Einkommensungleichheit und der hohen Konzentration von Vermögen bei den oberen 10 Prozent vgl. Spannagel, D.; Brülle, J. (2024): Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte. WSI-Verteilungsbericht 2024. Berlin.

1. Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt für die meisten Menschen in Deutschland die zentrale Säule der Altersversorgung.

- Für viele Rentnerinnen und Rentner ist die gesetzliche Rentenversicherung die einzige Einkunftsquelle im Alter. In den westlichen Bundesländern bekommen 36 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen ab 65 Jahren ausschließlich eine eigene Rente aus der GRV, in den östlichen Bundesländern sind es sogar 73 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen.² Nach einem erfüllten Arbeitsleben müssen Rentenleistungen deshalb deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen. Andernfalls stünde auch die Legitimation eines für die allermeisten Beschäftigten verpflichtenden Rentensystems infrage.
- Tatsächlich sind die Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland im internationalen Vergleich eher niedrig.³ Bei Menschen mit geringem Einkommen liegt Deutschland sogar weit abgeschlagen hinten.⁴

- Der Versuch, die Absenkung des Rentenniveaus über die staatlich geförderte Riesterrente auszugleichen, ist nach allgemeiner Auffassung gescheitert. Die Gründe sind unter anderem zu hohe Abschluss- und Verwaltungskosten sowie zu geringe Renditen. Die BAGSO begrüßt weitere Bemühungen, die betriebliche und private Altersvorsorge als ergänzende Säulen des Alterssicherungssystems auszubauen, auch wenn sich solche Maßnahmen erst nach mehreren Jahrzehnten auswirken. Die Vorstellung, es brauche eine Verlagerung weg von der gesetzlichen Rente hin zur zweiten und dritten Säule, halten wir allerdings für grundlegend falsch.

2. In den kommenden 15 bzw. 20 Jahren müssen die demografischen Effekte auch durch Bundeszuschüsse ausgeglichen werden.

- Die Einnahmen aus Beiträgen reichen nicht zur Finanzierung der Ausgaben, weil über die Rentenversicherung auch eine Reihe von politisch gewollten Sozialleistungen finanziert werden. Die Bundes-



² Lediglich 9 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen erhalten in Ostdeutschland eine Kombination aus einer eigenen GRV-Rente und einer eigenen Betriebsrente, im Westen sind es 26 Prozent der Männer und 11 Prozent der Frauen. Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025): Alterssicherung in Deutschland 2023 (ASID 2023). Berlin/Bonn, S. 64 f. www.publikationen-bundesregierung.de. Alle erwähnten Internetseiten wurden zuletzt am 07.04.2026 abgerufen.

³ Für den internationalen Vergleich ist die von der OECD berechnete Nettoersatzrate interessant. Diese Zahl gibt an, wieviel Prozent des letzten Nettoeinkommens eine Person nach Renteneintritt erwarten kann. Die Nettoersatzrate ist in Deutschland mit 53,3 Prozent im Vergleich zu anderen OECD-Ländern unterdurchschnittlich. Siehe OECD (2025): Pensions at a Glance 2025: Germany. www.oecd.org.

⁴ ebenda.

zuschüsse, die im Jahr 2024 117,9 Milliarden Euro betragen⁵, stellen deshalb keine Subvention dar, sie sind vielmehr in erster Linie eine Gegenfinanzierung der beitragsunabhängigen („versicherungs-fremden“) Leistungen.⁶

- Das Rentensystem musste auch in der Vergangenheit besondere Lasten schultern. So hat die Nachkriegsgeneration bis in die 1970er-Jahre über ihre Rentenbeiträge die sozialen Kriegslasten mitfinanziert und die heutige Rentnergeneration hat in der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit die Kosten der deutschen Einheit mitgetragen. Heute steht die Politik vor der Herausforderung, das Rentensystem im Hinblick auf den Rückgang der Geburtenraten und einen längeren Rentenbezug „demografiefest“ zu machen. Dies ist ein weltweites Phänomen.
- Einkommen und Wohlstand werden heute nicht mehr in dem Maße durch Arbeit erzielt, wie dies der Fall war, als die umlagefinanzierte Rente eingeführt wurde. Zudem haben sich die Löhne in den vergangenen drei Jahrzehnten geringer entwickelt als das Bruttoinlandsprodukt.

Dies hat das Wachstum der Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung gebremst. Deshalb sollten künftig neben den Beiträgen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch Kapitaleinkommen zur Rentenfinanzierung herangezogen werden, um die „demografische Spitze“ in den Alterssicherungssystemen auszugleichen.

3. Um eine möglichst hohe Erwerbsbeteiligung zu erreichen, sind Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt notwendig.

- Ziel muss sein, die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu fördern, Beschäftigungen im Niedriglohnsektor und in geringfügiger Beschäftigung zu reduzieren und Schwarzarbeit effektiv zu bekämpfen. Zudem sollte die Erwerbsbeteiligung von Frauen erleichtert werden; für Teilzeitkräfte sollte es Anreize geben, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Das sog. Ehegattensplitting bewirkt das Gegenteil. Darüber hinaus gilt es, junge Menschen zu einem qualifizierten Schul- und Berufsabschluss zu befähigen.



5 Vgl. Bundesamt für soziale Sicherung: Bundesmittel an die Rentenversicherung. www.bundesamtsozialesicherung.de.

6 Hierzu zählen etwa eine höhere Bewertung von Rentenzeiten in den östlichen Bundesländern oder von Zeiten der Berufsausbildung, die abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte sowie die rentensteigernde Berücksichtigung von Zeiten der Fachschulausbildung und des Mutterschutzes. Hinzu kommen Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten und für Erstattungen, etwa für Rentenzahlungen, die aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR abgeleitet sind. Siehe Deutsche Rentenversicherung (2024): Bundesmittel und Bundeszuschüsse: Staat erstattet Kosten für nicht beitragsgedeckte Leistungen. www.deutsche-rentenversicherung.de.

- Das tatsächliche Renteneintrittsalter steigt seit Jahren stetig an. Es lag 2024 für Männer und Frauen bei 64,7 Jahren⁷ und sollte durch Anreize weiter angehoben werden. Altersdiskriminierung muss effektiv bekämpft werden. Die BAGSO begrüßt darüber hinaus Lösungen, die eine Flexibilisierung des Renteneintritts auf freiwilliger Basis auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus ermöglichen.
- Um die Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten zu erhalten und damit eine weitere Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalters zu erreichen, müssen Arbeitsbedingungen alters- und altersgerecht gestaltet werden. Zudem braucht es umfassende Konzepte, um die körperliche und mentale Gesundheit zu fördern. Für Mitarbeitende kleinerer und mittlerer Unternehmen müssen Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung außerhalb des Unternehmens geschaffen werden. Prävention und Rehabilitation müssen ausgebaut werden. Außerdem kommt dem Thema Bildung über den gesamten Lebenslauf hinweg eine Schlüsselrolle zu.
- Die Erwerbsminderungsrente muss so ausgestaltet sein, dass auch Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters aus dem Beruf ausscheiden, vor Armut im Alter geschützt sind.

4. Eine Rhetorik, die beim Thema Rente eine Endzeitstimmung heraufbeschwört, ist unangebracht.

- Nicht wenige Stimmen aus Politik, Wissenschaft und Medien, die Schwarzmalerei verbreiten, tragen zu einer Delegitimierung der gesetzlichen Rentenversicherung bei. Diese Rhetorik führt zu Unsicherheiten und Ängsten bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Rentnerinnen und Rentnern. Die aktuellen Zahlen geben dazu keinen Anlass: Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 18,6 Prozent im Jahr 2025 lag unter dem Wert der Jahre 1996 bis 2017, in denen er konstant höher lag, zeitweise sogar bei mehr als 20 Prozent.⁸
- In der Rentendebatte wird mit falschen Bildern gearbeitet, etwa wenn es heißt, dass einem Altersrentner nur noch zwei statt früher sechs Beitragszahler gegenüberstünden. Rechnet man Verzerrungen heraus, die sich insbesondere durch die große Zahl an Bezieherinnen und Beziehern sehr kleiner Renten ergeben, zeigt sich, dass das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern zwischen 2009 und 2023 nur geringen Schwankungen unterworfen war.⁹

7 Deutsche Rentenversicherung (2025): Rentenatlas 2025, S. 19. www.deutsche-rentenversicherung.de.

8 Deutsche Rentenversicherung (2025): Rentenversicherung in Zeitreihen, S. 260. DRV-Schriften, Band 22. www.deutsche-rentenversicherung.de.

9 Der Rentnerquotient spiegelt das Verhältnis der Äquivalenz-Rentenbeziehenden zur Zahl der Äquivalenz-Beitragszahlenden wider. Siehe Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (2024): Äquivalenzbeitragszahler, Äquivalenzrentner, Rentnerquotient 2009–2023, S. 3, Abb. 5. <https://biaj.de>.

- Die verzerrte öffentliche Debatte über die Rentenfinanzierung führt dazu, dass vor allem junge Menschen das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung verlieren. Ihnen wird suggeriert, sie zahlen für die „Alten“ in das System ein, ohne später davon zu profitieren. Dies ist verheerend. Junge Menschen müssen darauf vertrauen können, dass sie mit ihren Beiträgen die Anwartschaft auf eine Rente erwerben, die dann wiederum von den nachfolgenden Generationen gezahlt wird.
- Die BAGSO wehrt sich entschieden gegen Versuche, Rentnerinnen und Rentner für tatsächliche oder vermeintliche Versäumnisse der Politik haftbar zu machen. Wenn die Bundesregierung Rentenreformen langfristig planen und umsetzen würde, anstatt immer wieder an kleinen Schraubchen hin und her zu drehen, wäre dies ein bedeutsamer Beitrag, um das Vertrauen in die politisch Handelnden zu stärken, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die Demokratie zu festigen.

Als BAGSO treten wir für ein solidarisches, demografiefestes und bezahlbares Rentensystem ein, das die Altersarmut von Beitragszahlerinnen und -zahlern verhindert und die Lasten zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen fair verteilt. Wer heute in die Rentenkasse einzahlt, muss darauf vertrauen können, morgen eine auskömmliche Rente zu bekommen.

Die BAGSO ruft dazu auf, in der Rentendiskussion zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren. Dazu gehört, das bestehende System der gesetzlichen Rentenversicherung nicht schlechtzureden, sondern – im Gegenteil – die zentrale Bedeutung dieser ersten und für viele Menschen einzigen Säule der Alterssicherung hervorzuheben. Die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission, die bis Mitte 2026 Empfehlungen für Reformen vorlegen soll, kann dazu einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Diese Stellungnahme wurde im März 2026 vom Vorstand der BAGSO verabschiedet.

Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind mehr als 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Ge-

sellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu bestellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.

Die Arbeit der BAGSO wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Herausgeber

BAGSO
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e.V.

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 0228 / 24 99 93-0
Fax 0228 / 24 99 93-20
kontakt@bagso.de

www.bagso.de
facebook.com/bagso.de
instagram.com/bagso_de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ dar. Die Verantwortung für den Inhalt der Veröffentlichung liegt bei der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen.